

Newsletter

Tirol-Büro Brüssel



Themen in dieser Ausgabe

Neues aus den Institutionen

Europäische Kommission

- **Österreich: 1,35 Mrd. € EU-Beitrag, Landwirte profitieren am stärksten von Subventionen** 2
- **EU investiert in bessere Trink- und Abwassersysteme in Kroatien** 3
- **Energieunion: Kommission wählt grenzüberschreitende Projekte von gemeinsamem Interesse aus** 4
- **Erasmus+: Union wird über €3 Milliarden investieren** 5

Europäisches Parlament

- **Abgeordnete drängen auf CO2-Neutralität bis 2050** 6

Sonstiges

- **EU-Staaten beschließen Aufstockung von Frontex auf 10.000 Beamte** 7
- **Europäische Investmentbank vergibt den zweiten „Green Loan“ an Energie Steiermark** 8
- **Wegweisendes Abkommen zum Schutz von 100 europäischen geografischen Angaben in China** 9

Laufende Konsultationen	10
Tagesordnungen der Institutionen	11
Impressum	11

Gemeinsatme Vertretung der
Europaregion Tirol-Südtirol-
Trentino bei der EU

Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45-47
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu



Europäische Kommission

Österreich: 1,35 Mrd. € EU-Beitrag, Landwirte profitieren am stärksten von Subventionen

Österreichs Beitrag zum EU-Budget ist im Vorjahr gestiegen. Von EU-Förderungen profitierten die heimischen Landwirte am stärksten.

Österreichs Beitrag als Nettozahler der EU ist 2018 auf 1,35 Mrd. € gestiegen (von 933 Mill. € 2017). Dies geht aus dem aktuellen Finanzbericht der EU-Kommission für das vergangene Haushaltsjahr hervor. Wie in den Jahren zuvor profitierte Österreich 2018 überdurchschnittlich stark vom EU-Agrarbudget: 1,24 Mrd. Euro an Rückflüssen kamen aus der EU-Förderungen für die Landwirtschaft.

In absoluten Zahlen stand Österreich 2018 an siebenter Stelle der Nettozahler. Deutschland leistete mit 13,4 Milliarden Euro den Löwenanteil, gefolgt von Großbritannien (6,9 Mrd. Euro), Frankreich (6,2 Mrd. Euro), Italien (5,1 Mrd. Euro), den Niederlanden (2,5 Mrd. Euro) und Schweden (1,5 Mrd. Euro). Ebenfalls Nettozahler, aber hinter Österreich sind Dänemark (1,2 Mrd. Euro), Belgien (487,6 Mio. Euro), Finnland (580,3 Mio. Euro) und Irland (314,5 Mio. Euro).

Der größte Nettoempfänger aus dem EU-Budget war 2018 gemessen an der Wirtschaftsleistung Ungarn: 4,11 Prozent des ungarischen Bruttonationaleinkommens (BNE) stammten aus dem EU-Haushalt. Dahinter rangieren Litauen (3,96 %), Lettland (3,31 %) und Bulgarien (3,01 %). In absoluten Zahlen profitierte Polen am stärksten vom EU-Haushalt mit einer positiven Nettoposition von 12,3 Mrd. Euro. Dahinter liegen Ungarn (5,2 Mrd. Euro), Griechenland (3,4 Mrd. Euro), Portugal (3,3 Mrd. Euro), Rumänien (3,2 Mrd. Euro), Tschechien (2,4 Mrd. Euro) und Spanien (1,9 Mrd. Euro).

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).



Europäische Kommission

EU investiert in bessere Trinkwasser- und Abwassersysteme in Kroatien

Die Kommission genehmigte zwei Kohäsionsprojekte mit einem Gesamtvolumen von 156,6 Mio. EUR aus dem Kohäsionsfonds zur Verbesserung der Wasser- und Abwasserinfrastruktur in Kroatien.

Beide Projekte sollen im Jahr 2023 in Betrieb genommen werden. Der für Umwelt, Maritime Angelegenheiten und Fischerei zuständige Kommissar Karmenu Vella erklärte: „Diese EU-finanzierten Projekte in Kroatien zeigen, dass die Kohäsionspolitik so viel bewirken kann: den Alltag verbessern, indem Menschen Zugang zu qualitativ hochwertigem Alkohol erhalten Wasser, schützen das Meer und die Umwelt und fördern den Tourismus und die lokale Wirtschaft.“

Es soll auch die Anbindung an das Abwassersystem von 45% auf 97% der Bevölkerung erhöht werden. Darüber hinaus zielt dieses Projekt darauf ab, die Verschmutzung des Meerwassers zu bekämpfen. Dies wird die Qualität des Badegewässers in diesem Bereich verbessern, in dem der Tourismus 3.500 Arbeitsplätze schafft. Neben der Erweiterung der Kläranlage Divulje und dem Bau einer ähnlichen Anlage auf der Insel Čiovo werden 350 km

Wasserversorgungs- und Abwassernetz gebaut oder saniert. In Zaprešić werden fast 7.000 Einwohner Zugang zu einer besseren Trinkwasserversorgung erhalten, da EU-finanzierte Arbeiten am Netz zu geringeren Wasserverlusten führen werden.

Dank einer zusätzlichen Pipeline von 135 km werden nun mehr als 19.000 Menschen in der Region an das Abwassernetz angeschlossen. Durch Kohäsionsinvestitionen in Kroatien im Zeitraum 2014-2020 erhalten 2 Millionen Menschen Zugang zu einer besseren Wasserversorgung und Abwasserbehandlung.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).



Europäische Kommission

Energieunion: Kommission wählt grenzüberschreitende Projekte von gemeinsamem Interesse aus

Die Europäische Kommission hat am 31. Oktober ihr mittlerweile vierte Liste von über 150 Projekten von gemeinsamen Interesse (PCI) für ein europäisches Energienetz angenommen. Ziel des Energienetzes soll es sein, in Zukunft saubere, sichere und leistbare Energie in Europa bereitzustellen.

Der für die Energieunion zuständige Vizepräsident der Kommission Maroš Šefčovič sagte: „Die Energieunion ist ein wichtiger Motor für Innovationen im Bereich der sauberen Energien in Europa und der übrigen Welt. Wir sorgen dafür, dass diese Energiewende sozial gerecht ist, zu Innovationen führt und auf einer intelligenten Infrastruktur basiert, die an die Bedürfnisse des zukünftigen Energiesystems angepasst ist. Im Rahmen unserer Projekte von gemeinsamem Interesse bauen wir starke Netze in ganz Europa auf, um die Versorgungssicherheit zu erhöhen.“

PCIs sind grenzüberschreitende Infrastrukturprojekte, die die Energiesysteme der EU-Mitgliedstaaten miteinander verbinden und der EU helfen sollen, ihre energiepolitischen und klimapolitischen Ziele zu erreichen: bezahlbare, sichere und nachhaltige Energie für alle Bürger und die langfristige Dekarbonisierung der Wirtschaft im Einklang mit dem Pariser Abkommen.

Im Rahmen der 2013 verabschiedeten Verordnung über die transeuropäischen Netze (TEN-E) Diesen ermittelt die Kommission die wichtigsten PCIs in der gesamten EU, so dass diese Projekte von der vereinfachten Genehmigung und dem Recht auf Beantragung von EU-Mitteln aus der Connecting Europe Facility profitieren können.

Der delegierte Rechtsakt mit der vierten PCI-Liste wird dem Europäischen Parlament und dem Rat für einen Zeitraum von zwei Monaten ohne Widerspruch vorgelegt, der einmal verlängert werden kann.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).



Europäische Kommission

Erasmus+: Union wird über €3 Milliarden investieren

Am 5. November hat die Kommission seine Pläne für das Erasmus + -Programm für 2020 veröffentlicht. Das Budget soll im Vergleich zu 2019 um ca. 12% angehoben werden, um mehr Möglichkeiten zum Auslandsstudium oder eines Auslandspraktikums für die Europäische Jugend bereitzustellen. Zudem ist geplant, eine Kooperation im Zuge der Afrika-Europa-Allianz für nachhaltige Investments und Arbeit und so rund 35.000 Stellen für afrikanische Studierende und Praktikanten zu errichten.

Jede öffentliche oder private Einrichtung, die in den Bereichen allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport tätig ist, kann eine Finanzierung im Rahmen dieser Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen beantragen. Darüber hinaus können sich Gruppen von Jugendlichen bewerben, die in der Jugendarbeit tätig sind, jedoch nicht offiziell als Jugendorganisationen gegründet wurden.

Zusammen mit der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen hat die Kommission auch den Erasmus + -Programtleitfaden in allen Amtssprachen der EU veröffentlicht. Sie bietet den Antragstellern detaillierte Informationen zu allen Möglichkeiten, die ihnen im Jahr 2020 im Rahmen von Erasmus + in den Bereichen Hochschulbildung, Berufsbildung, Schulbildung und Erwachsenenbildung, Jugend und Sport offenstehen.

Erasmus + ist das EU-Programm für Mobilität und transnationale Zusammenarbeit in den Bereichen allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport für den Zeitraum 2014-2020. Das derzeitige Programm und sein Nachfolger, das 2021 in Kraft tritt, spielen eine Schlüsselrolle bei der Verwirklichung des Europäischen Bildungsraums bis 2025. Erasmus + soll Teilnehmern aller Herkunftsbereiche den Zugang zum Programm erleichtern.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).



Europäisches Parlament

Abgeordnete drängen auf CO2-Neutralität bis 2050

Der zuständige Ausschuss des Parlaments hat in einer Resolution vom Abend des 06. November von der Union gefordert, sich weiter dem Ziel der Klimaneutralität bis 2050 zu verschreiben.

Im Vorfeld der UN-Klimakonferenz COP25 im Dezember in Madrid hat der Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit am 06. November eine Resolution gebilligt, in der die EU aufgefordert wird, der UN ihre langfristige Strategie zur Erreichung der Klimaneutralität bis 2050 so schnell wie möglich vorzulegen. Dies würde gewährleisten, dass die EU ihre weltweite Führungsrolle im Kampf gegen den Klimawandel beibehält.

Die EU-Länder sollten ihre Beiträge zum Internationalen Grünen Klimafonds mindestens verdoppeln, so der Ausschuss. Die Europaabgeordneten betonen, dass der EU-Haushalt seinen internationalen Verpflichtungen in vollem Umfang nachkommen sollte und dass die Mitgliedsstaaten der größte finanzielle Zuspätkomender öffentlicher Klimafinanzierungen sind. Sie stellen

auch fest, dass die tatsächlichen Zusagen der Industrieländer das kollektive Ziel, bis 2020 100 Mrd. USD pro Jahr zu mobilisieren, immer noch verfehlen.

Schließlich fordern sie dringend alle EU-Länder auf, alle direkten und indirekten Subventionen für fossile Brennstoffe bis 2020 auslaufen zu lassen und fordern von der Europäischen Investitionsbank, die Kreditvergabe für Projekte mit fossilen Brennstoffen mit Ausnahme von Gas in Kombination mit erneuerbaren Energien einzustellen. Die globalen Maßnahmen der nächsten 10 Jahre werden sich auf die Zukunft der Menschheit für die nächsten 10 000 Jahre auswirken, heißt es.

Für mehr Informationen klicken Sie [hier](#)



Sonstiges

EU-Staaten beschließen Aufstockung von Frontex auf 10.000 Beamte

Die EU-Agentur für den Außengrenzschutz Frontex soll erheblich aufgestockt werden. Es sollen 10.000 zusätzliche Beamte bis 2027 eingesetzt werden. Die EU-Botschafter gaben bei einem Treffen am Mittwoch in Brüssel grünes Licht für den schrittweisen Ausbau der Behörde, hieß es in EU-Kreisen.

Der bessere Schutz der Außengrenzen hat für die EU seit der Flüchtlingskrise Priorität. Frontex soll den Mitgliedstaaten dabei unter die Arme greifen. Die Behörde hat derzeit knapp 700 eigene Mitarbeiter. Bereits seit 2016 hat Frontex zudem eine Reserve von 1500 Beamten aus den Mitgliedstaaten, die bei Krisenfällen schnell eingesetzt werden können.

Die EU-Kommission hatte 2018 - im Zuge des österreichischem EU-Vorsitzes - vorgeschlagen, Frontex schon bis zum Jahr 2020 auf 10.000 Grenzschützer aufzustocken. Dies scheiterte aber an den Mitgliedstaaten, die dies für zu teuer hielten und auf fehlendes ausgebildetes Personal verwiesen.

Nun soll der Ausbau schrittweise über sieben Jahre erfolgen. 2021 sollen zunächst 6500 Beamte zur Verfügung stehen. Diese Zahl soll dann bis 2027 auf 10.000 Grenzschützer ansteigen.

Schon seit 2016 sind auch Frontex-Einsätze ohne Zustimmung der betroffenen EU-Regierungen möglich. Nach Artikel 42 der Verordnung können die Grenzschützer bei einer akuten Gefahr für das Funktionieren des Schengenraums gegen den Willen eines Mitgliedstaates entsandt werden. Kooperiert das betroffene Land dann nicht, kann es de facto aus dem Schengenraum ausgeschlossen werden, indem die anderen EU-Staaten wieder Grenzkontrollen zu ihm einführen.

Das EU-Parlament hat den Änderungen bereits zugestimmt und nun muss nur noch ein endgültiger Beschluss im Ministerrat gefällt werden. Dies könnte bereits im Rahmen des EU-Finanzministerrats am 8. November geschehen.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#)



Sonstiges

Europäische Investmentbank vergibt den zweiten „Green Loan“ an Energie Steiermark

Zum ersten Mal erhält ein österreichisches Unternehmen einen „Green Loan“ der Europäischen Investmentbank. Die Energie Steiermark erhält als zweite europäische Firma 90 Mrd. € spezifisch für Investitionen im Green-Energie-Bereich.

Konkret werden die Mittel für weitere Netzausbaumaßnahmen zur Integration erneuerbarer Energien und anderer Energieeffizienzprojekte verwendet. Die EIB, die solche Projekte traditionell finanziert, hat jetzt zum zweiten Mal einen Green Loan vergeben. Dieses Instrument unterstützt Unternehmen bei der Umsetzung ihrer klaren Nachhaltigkeits - und Dekarbonisierungsstrategien.

Mit dem EIB-Darlehen für umweltfreundliche Projekte werden nur Projekte finanziert, die den Anforderungen des Programms für Anleihen zur Förderung des Klimabewusstseins in vollem Umfang entsprechen. Die Kriterien der EIB sind äußerst streng: Um für eine umweltfreundliche Finanzierung in Frage zu kommen, müssen Projekte dazu beitragen, die CO₂-Emissionen zu senken, die Versorgungssicherheit zu verbessern und den Klimawandel zu bekämpfen, und dies muss auch in Zukunft kontinuierlich nachgewiesen werden.

Am 4. November reiste der irische Vize-Präsident der EIB Andrew McDowell nach Graz um den Vertrag mit dem Vorstand der Energie Steiermark zu unterschreiben. Die jetzt zur Verfügung gestellten EIB-Mittel fließen ausschließlich in nachhaltige Investitionen in das 30 000 Kilometer lange steirische Stromnetz und sorgen so für die Integration erneuerbarer Energien. Die Steiermark wird daher künftig noch besser gerüstet sein, um die Nutzung von Windkraft, Solarenergie und Wasserkraft sowie anderer neuer Technologien wie Stromspeicher zu steigern und damit ihre hervorragende Versorgungssicherheit weiter zu gewährleisten.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#)



Sonstiges

Wegweisendes Abkommen zum Schutz von 100 europäischen geografischen Angaben in China

Die EU und China haben die Verhandlungen über ein bilaterales Abkommen zum Schutz von 100 europäischen geografischen Angaben in China und 100 chinesischen geografischen Angaben in der EU vor Nachahmungen und widerrechtlicher Aneignung abgeschlossen.

Durch dieses Abkommen erwarten sich beide Seiten Vorteile im beidseitigen Handel und es soll die Nachfrage nach hochwertigen Erzeugnissen auf beiden Seiten dadurch gestärkt werden. Es ist ein konkretes Beispiel für die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und der Volksrepublik China und spiegelt die beiderseitige Offenheit und Einhaltung der internationalen Regeln als Grundlage für Handelsbeziehungen wider.

China ist mit Ausfuhren im Wert von 12,8 Mrd. EUR (innerhalb des 12-Monats-Zeitraums zwischen September 2018 und August 2019) der zweitwichtigste Absatzmarkt für die Agrar- und Lebensmittelausfuhren der EU. Es ist des Weiteren der zweitwichtigste Absatzmarkt für EU-Ausfuhren von Erzeugnissen mit geschützter geografischer Angabe (9 % des Ausfuhrwertes), einschließlich Wein, Agrar- und Lebensmittelerzeugnissen sowie Spirituosen. Der chinesische Markt ist ein Markt mit großem Wachstumspotenzial für europäische Lebensmittel und Getränke, da eine wachsende Mittelklasse zunehmend Geschmack an typischen, hochwertigen und echten europäischen Erzeugnissen findet.

Die EU-Liste der in China zu schützenden geografischen Angaben umfasst neben dem einzigen österreichischen Produkt - sterischem Kürbiskernöl - Erzeugnisse wie Cava, Champagner, Feta, Irish Whiskey, Münchener Bier, Ouzo, Polska Wódka, Porto, Prosciutto di Parma und Queso Manchego. Zu den chinesischen Erzeugnissen zählen beispielsweise Pixian Dou Ban (Pixian-Bohnenpaste), Anji Bai Chaa (Anji Weißer Tee), Panjin Da Mi (Panjin-Reis) und Anqiu Da Jiang (Anqiu-Ingwer). Nach Abschluss der Verhandlungen wird das Abkommen nun einer rechtlichen Prüfung unterzogen. Auf EU-Seite werden dann das Europäische Parlament und der Rat um ihre Zustimmung ersucht. Das Abkommen wird voraussichtlich vor Ende 2020 in Kraft treten.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).



Laufende Konsultationen

Die Europäische Kommission bietet eine Reihe an Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung. [Öffentliche Konsultationen](#) ermöglichen es Ihnen, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern. Die neuesten der laufenden Konsultationen finden Sie in der folgenden Liste.

[Evaluierung des Beitrags des ESF zur sozialen Inklusion](#)

Beschäftigung und Soziales

26 September 2019 - 19 Dezember 2019

[Validierung des nichtformalen und informellen Lernens – Bewertung](#)

Allgemeine und berufliche Bildung

7 August 2019 - 13 November 2019

[Agrarsubventionen – Übergangsbestimmungen](#)

Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

31 Oktober 2019 - 02 Januar 2020

[EU-Agrarpolitik – zulässiger Subventionsmix \(Direktzahlungen an Landwirte & Entwicklung des ländlichen Raums\)](#)

Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

31 Oktober 2019 - 02 Januar 2020



Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen

Zu den laufenden Stellenausschreibungen in der EU gelangen Sie [hier](#).

EU-Bookshop

Interessante Veröffentlichungen aus der EU finden Sie [hier](#).

Impressum

Gemeinsame Vertretung der Europaregion Tirol -
Südtirol - Trentino bei der EU

Land Tirol

Rue de Pascale 45-47

B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00

Fax: 0032 2 742 09 80

E-Mail: info@alpeuregio.eu

Homepage: www.alpeuregio.org

Redaktion und Bearbeitung:

Direktor Mag. Dr. Richard Seeber

Sandra Gintsberger

Paul Egger